

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 11. 33. Jahrg.

12. März 1920.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisenerstr. 86-88, III. Redaktionsschlaf:
Montag. Telefon: Ant Nord. 4268.
Verlag: Jeh. Hass, Berlin N 24. :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pf. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Nur die Arbeit kann uns retten. Rundschau. Vierte Tagung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. I. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Bautzen; Bremen, Graphisches Kartell; Crimmitschau; Düren. — **Der Steindrucker:** Tapissiererei. — **Die photomech. Fächer:** Das neue System. — **Der photogr. Mitarbeiter:** Ortsbericht Berlin. — **Anzeigen.**

Nur die Arbeit kann uns retten.

Es ist nicht die Schuld der arbeitenden Klassen, daß das deutsche Wirtschaftsleben so hart an den Rand des Abgrundes gedrängt worden ist. Im Gegenteil wurde in zahlreichen Kundgebungen nachdrücklich darauf verwiesen, daß am Ende der Gepanzerten-Faust-Politik der allgemeine Zusammenbruch stehen müsse. Das hat nicht verhindert, daß man mit Vollauf, alle Segel aufgesetzt, unter Einhaltung wilhelminischen Kurses, wahnwitzigen Expansionsgelüsten nachjagend, gestützt auf ein profituhungriges Großunternehmertum, direkt in Abgrund hinabfuhr. Nun ist der gesamte Wirtschaftskörper derartig aus dem Geleise gebracht worden, daß nur Pferdekuren seinen vollständigen Verfall aufhalten können.

Daß die Folgen dieser allgemeinen Zerrüttung des Wirtschaftskörpers in erster Linie die Arbeiterschaft treffen und trommelfeuerartig auf ihren Rücken niederprasseln, liegt in ihrer Zahl und ihrer Funktion im Wirtschaftsleben begründet. Nur gesellschaftlich notwendige Arbeit ist schlechthin der einzige Faktor der Wertzeugung. Kein Wunder deshalb, wenn man in der Arbeit die einzige Medizin erblickt, die dem todwunden Wirtschaftskörper Heilung und Rettung bringen kann und in Ansehung der Verhältnisse zu dem Verzweiflungsschrei kommt: Nur die Arbeit kann uns retten!

Gewiß, nur die Arbeit kann uns retten. Kein Einsichtiger wird sich dieser Erkenntnis verschließen; die Arbeiterschaft vor allen Dingen nicht. War sie es doch, die von jeher die Arbeit als den Träger der Kultur bezeichnete und daraus die Gründe für ihre Forderungen holte und als berechtigt nachweisen konnte. Uns sind aber die Zeiten noch sehr gut in Erinnerung, wo die Forderungen der Arbeiter als unberechtigt abgewiesen und unter Umständen mit Gewalt niedergeschlagen wurden. Da war man ganz anderer Ansicht über den Wert der Arbeit, was sich an Hand von unzähligen Belegen nachweisen läßt. Der Umschwung, der wenigstens im Denken eingesetzt hat, mußte erst aus der Zeit der Not geboren werden.

Ein sichtbares Zeichen für den eingetretenen Umschwung ist neben den großen, fast an allen Ecken klebenden Lettern, eine Denkschrift der Reichsbankdirektoren an den Reichskanzler, die neben anderen Vorschlägen zur Gesundung des Wirtschaftslebens folgende Sätze enthält:

»Die Steigerung der Arbeitsleistung muß damit Hand in Hand gehen. Daß die Arbeitszeit auf den Stand vor Ausbruch des Krieges wieder zurückgeführt wird, ist das Mindestmaß des Gebotenen. Daß in der Folgezeit die Notwendigkeit einer Ausdehnung über das Maß der früher üblichen Arbeitszeit hinaus sich aufdrängen wird, unterliegt keinem Zweifel. Ob

dahingehende Bestrebungen schon jetzt durchführbar sein würden, ist allerdings fraglich.

Welche Maßnahmen zwecks Erhöhung der Arbeitsleistung zu ergreifen wären, müssen wir der Beurteilung der kompetenten Stellen überlassen. Wir dürfen uns auf den Hinweis beschränken, daß unseres Erachtens der alsbaldige durchgreifende Abbau der Erwerbslosenunterstützung (was gleichbedeutend ist mit der Schaffung einer Armee von lumpenproletarischen Streikbrechern! Red.) und die strikte Verhinderung der Arbeitseinstellungen nicht zu umgehen sein werden, wenn nicht ein Zusammenbruch erfolgen soll, der schließlich zur vollkommenen Verelendung aller Kreise, insbesondere auch der Arbeiterbevölkerung unseres Vaterlandes notwendig führen muß.

Die Beitragserhöhung ist notwendig, die Kampffähigkeit der Organisation sicher zu stellen.

Sie dient nur der Sicherstellung der Kollegen und ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung.

Jeder Kollege muß sich an der Abstimmung beteiligen.

Es gilt das Mitbestimmungsrecht auszuüben für die Weiterentwicklung des Verbandes.

Dieser Schrei nach Steigerung der Arbeitsleistung, — wenn es sein muß durch Verlängerung der Arbeitszeit, — wird in den verschiedensten Stimmenlagen vom gesamten Unternehmertum kräftig unterstützt. Der Ruhrbergbau, der durch Leisten von Übersichten auf den Zeitraum von einem Monat der wirtschaftlichen Notlage gerecht wird, hat verschiedentlich angereizt, der Arbeiterschaft weitere Zumutungen zu stellen.

In einem Erlaß des sächsischen Arbeitsministers Held wird folgendes kund getan:

»Die sächsischen Bergarbeiter überzeugen sich mehr und mehr davon, daß der Not unseres Volkes nur abgeholfen werden kann durch vermehrte Arbeitsleistung. Es stärkt sich erfreulicherweise bei ihnen die Neigung, statt sieben Stunden künftig acht Stunden Kohlen zu fördern. Sie haben jedoch durch ihre Vertreter dem Arbeitsministerium mitgeteilt, daß sie erwarten, nun auch die Arbeiter anderer Berufe auf die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung aufmerksam gemacht zu sehen. Das war sowieso meine Absicht, schon deshalb, damit die Bergarbeiter nicht glauben, die Mahnung, im Interesse unserer Volkswirtschaft mehr Arbeit zu leisten, richte sich nur an sie und sei eine Andeutung, wonach sie dieser Mahnung mehr bedürften als andere Arbeiter. Soweit aber bisher gesagt werden mußte: »Nur Arbeit kann uns retten, wir können nur bestehen, wenn wir mehr Waren herstellen«, richtete sich das stets an alle. Denn was helfen uns mehr Kohlen, wenn andere Berufe sie nicht zur Steigerung

unserer Arbeitsleistung ausnutzen? Aus diesem Grunde appelliere ich an die Arbeiter aller Berufe, das begrüßenswerte Beispiel der Bergarbeiter, dem teilweise auch die Landarbeiter schon gefolgt sind, nachzuahmen. Das mag für den einzelnen wohl ein Opfer bedeuten — aber ist nicht das Eintreten des einzelnen für die Allgemeinheit der idealste Inhalt des Solidaritätsgedankens? Wenn demnächst mehr Kohle gefördert wird (bei einer täglichen Mehrleistung von einer Stunde bedeutet das für Sachsen eine Zunahme von etwa einem Sechstel der Förderung, bedeutet eine Zunahme von rund 250000 Tonnen pro Monat, werden stillgelegte Fabriken wieder geöffnet werden, werden die jetzt ruhenden Schloten wieder rauchen, werden viele Arbeitshände, die jetzt müßig sein müssen, wieder fleißig sein können, kurzum wird das Wirtschaftsleben gestärkt. Mehr Kohlen bedeuten ferner mehr Lebensmittel, mehr Lebensmittel bedeuten Stärkung der Arbeitslust und Zunahme der Lebensfreudigkeit. Ganz besonders wende ich mich wiederum in Übereinstimmung mit den einsichtigen Kreisen der Bergarbeiter an die altbewährten Arbeiter in den Organisationen. In Rußland, im angeblich »freien« Rußland, das von Bolschewisten regiert wird, erprobt man die auch dort notwendige Warenvermehrung durch den Arbeitszwang mittels Knute und Entziehung der Brotkarte. Wir aber wissen, daß wir dem Vaterlande und unserem Volke mehr nützen, wenn die Arbeiter freiwillig mit uns gehen, und sie werden sich und uns um so mehr nützen, je mehr sie den Boden, auf dem sie stehen, immer mehr festigen helfen. Den organisierten Arbeitern gebührt vollauf der Platz, den sie im Wirtschaftsleben erstreben. Sie sichern ihn sich, wenn sie das Wirtschaftsleben sichern helfen. Sie gefährden sich und ihre Zukunft, wenn sie auch nur für einen Augenblick die Not unserer Zeit, die Aufgaben des Augenblicks verkennen. Ich wünsche mit ihnen, daß ihr Handeln in dieser Zeit der Not vor der Geschichte einst bestehen und niemand von ihnen sagen kann: Gewogen und zu leicht befunden.«

Wer zu lesen versteht, wird aus dem Erlaß nur herausfinden, daß auch die gesamte Arbeiterschaft den kaum erst errungenen Achtstundentag zum Anstauen in den Ziersdrank stellen soll. Solchem Ansinnen gegenüber kann die Parole für die Arbeiterschaft nur lauten: Aufpassen! Der Achtstundentag ist in Gefahr!

Der Erlaß Helds, der die freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit predigt, dürfte auch ein kleines Vorspiel sein für die Beratungen, die sich in Kürze im Lithographie- und Steindruckgewerbe zwecks Abschluß eines neuen Tarifes notwendig machen. Der Auftakt dazu ist schon erfolgt. Der Forderung der Gehilfenschaft auf Einführung der 45-Stundenwoche steht der Antrag der Unternehmer gegenüber, täglich 8 Stunden zu arbeiten und zwar auch an den Tagen vor hohen Festen. Die Unternehmer gehen mit ihrem Antrag sicherlich von der Ansicht aus, daß nur Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion steigern kann, und lassen ganz unberücksichtigt, daß nur Verkürzung der Arbeitszeit und auskömmlicher

Lohn die Intensität der Arbeit zu steigern, im Stande ist. Die Zeit wird lehren! Anstatt die einzigen Mittel anzuwenden, eine gesunde Preispolitik zu betreiben und eine gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung unserer Wirtschaft herbeizuführen, um aus dem Elend herauszukommen, ruft man der Arbeiterschaft zu: Nur die Arbeit kann uns retten! und verlängert die Arbeitszeit. Das Eintreten des einzelnen für die Allgemeinheit als idealster Inhalt des Solidaritätsgedankens gilt nach diesem Rezept nur für die Arbeiter. In den anderen Kreisen hat eine »trotzlose Philosophie des Eigennutzes« Platz gegriffen, die sich schamlos aller Hüllen entkleidet. Ungezügelte Profitsucht aller gegen alle ist die Signatur der Stunde. Auf dem Rücken der Arbeiterklasse tobt man sich aus. Nichts ist von Solidarität, nichts vom Einstehen für alle zu merken. Habsucht und Eigennutz regiert.

Ein Blick in die Tageszeitungen agrarischen Couleurs genügt, jedem, der es nur sehen will, zu zeigen, wie Solidarität geübt wird. Wie zum Hohn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wird direkt zur Aushungerung der Industriearbeiterschaft aufgefordert. Und daß diese Ratschläge befolgt werden, beweisen am besten die behördlichen Ermahnungen an die Landwirte, doch ihren Ablieferungspflichten nachzukommen. Wo einwandfrei festgestellt ist, daß die Landwirte an Stelle von Brodfrucht und Kartoffeln Hafer anbauen, weil mehr verdient wird, sind Ermahnungen in den Wind gesprochen. Wo das Getreide ins Ausland verkauft wird, selbst auf die Gefahr von Deutschlands Untergang; wo unausgedrosenes Getreide als Stroh verkauft wird, weil es so mehr Gewinn bringt; wo ekle Geldgier größer ist als die Sorge um Deutschlands Zukunft und wo hundsgemeine Profitsucht hunderttausenden von Kindern das Leben kostet, dort soll man erst einmal beginnen anzufassen und durchzugreifen, fest durchzugreifen, weil Solidarität für solche Menschen schamhafte Begriffe sind.

Solange nicht nach Maßgabe der Verhältnisse die Arbeiterschaft vor dringender Not geschützt ist, solange nicht alle Kräfte bereit sind im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands Solidarität zu üben, solange soll man aufhören der Arbeiterschaft immer wieder in die Ohren zu schreien: Nur die Arbeit kann uns retten! Die deutsche Arbeiterschaft hat zum Wiederaufbau Deutschlands schon genug Opfer gebracht. Sie ist auch bereit weitere Opfer zu bringen. Die Arbeiterschaft will arbeiten, aber solange die agrarischen und industriellen Saboteure — und wenn es sein muß mit Gewalt — nicht ebenfalls zur Erfüllung ihrer Pflichten gezwungen werden, solange soll man uns mit Heldischen Erlassen vom Halse bleiben. Die Arbeiterschaft lehnt es ab alle Lasten zu tragen, weil Agrarier und Industrielle ihren Teil nicht tragen wollen. Nur die Arbeit kann uns retten! Aber die Arbeit aller! Nur im Dienste der Allgemeinheit! Ohne besonderen Profit!

Rundschau.

Erhöhung der Verbandsbeiträge. Nachstehende Übersicht über die Erhöhung der Beiträge zeigt, wie die einzelnen Gewerkschaften die ständige Entwertung des Geldes zu meistern versuchen. Die wenigen Gewerkschaften, die bisher noch keine Erhöhung der Beiträge vorgenommen haben, stehen aber in Beratungen darüber, während ein anderer Teil Gewerkschaften zu neuen Beitragserhöhungen schon wieder Stellung nimmt.

Verband	1 Wochenbeitrag Mk.
Asphalteure	1,00
Bergarbeiter	0,60—1,00
Brauerei- und Mühlenarbeiter	0,60—1,00
Buchbinder	0,40—1,50
Dachdecker	0,75—1,80
Deutscher Musikerverband	1,00
Gastwirtschaftlichen	0,40—1,00
Gemeindearbeiter	0,45—0,90
Glasarbeiter	0,60—1,20
Glaser	0,40 1,30
Hausangestellte (monatlich)	1,00—2,00
Holzarbeiter	0,50—1,80
Hotel- und Restaurationsangestellte	1,25
Lederarbeiter	0,60—1,20

Maschinisten und Heizer	0,45—0,90
Metallarbeiter	0,30—1,20
Tabakarbeiter	0,50—1,00
Tapezierer	0,60—1,20
Textilarbeiter	0,40—1,20
Töpfer	0,50—1,50
Zimmerer	0,90—1,80

Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 24. bis 27. Februar trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer viertägigen Konferenz zusammen. Einleitend gedachte der Vorsitzende Legien in kurzen Worten der Verdienste des verstorbenen Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, A. Neumann, dessen Andenken der Ausschuss in üblicher Weise ehrte.

An erster Stelle standen zur Verhandlung das Betriebsrätegesetz, die Betriebsräteverordnungen und die Schaffung einer Betriebsräte-Zeitung. Über die Anwendung des Gesetzes auf die besonderen Verhältnisse der Bauarbeiter, Hafenbetriebe, Binnenschiffer und Hausgewerbetreibenden wurden einige Fragen gestellt, die das Mitglied der Nationalversammlung H. Müller beantwortete. Danach kommt für Bau- und Hafenbetriebe die Ausnahme des § 62 in Betracht, sofern ein für allgemein rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag besteht. Für die Hausgewerbetreibenden gilt die Ausnahmeverordnung des § 3, während für die Binnen- und Seeschifffahrt ein besonderes Gesetz erlassen werden soll. Graßmann berichtete namens des Bundesvorstandes, daß auf dem vom Textilarbeiterverband nach Leipzig einberufenen Betriebsrätekongress die überwiegende Meinung dahingehend zum Ausdruck gebracht wurde, die Betriebsräteverordnungen und die Tätigkeit der Betriebsräte in gewerkschaftlichem Rahmen zu halten. Die vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien zu den Betriebsräteverordnungen führten zu einer längeren Aussprache, in der der Vertreter des Metallarbeiterverbandes Dißmann die Beschlüsse des Verbandsbeirats bekanntgab. Nach diesen Beschlüssen sollten die Wahlen rein gewerkschaftlich, unter Ausschluß politischer Einflüsse, durchgeführt werden. Die Kandidaten müßten indes auf dem Boden der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages stehen und sich zum Rücktritt verpflichten, wenn die Mehrzahl ihrer Wähler oder die Organisation dies verlangen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Richtlinien des Bundesvorstandes für einheitliche Wahllisten die Anerkennung der Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses verlangen und daß zwischen diesen und den Beschlüssen des Metallarbeiterverbandstages in den Fragen des Räteystems und der Arbeitsgemeinschaften ein Gegensatz bestehe. Die Arbeitsgemeinschaften hätten mit den Betriebsratswahlen nicht das mindeste zu tun und seien völlig widersinnig hineingezogen worden. Dißmann hielt indes an seinem Beiratsstandpunkt fest, so daß eine Verständigung hierüber und über die Anerkennung der Richtlinien mit ihm nicht möglich war. In dieser Aussprache wurde auch über den Konflikt im Berliner Ortsausschuß berichtet. Die Richtlinien wurden schließlich gegen 3 Stimmen angenommen und für alle Gewerkschaften als verbindlich erklärt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, diese Richtlinien dem Vorstand des Berliner Ortsausschusses zur Kenntnis zu bringen mit dem Hinweis, daß nach diesen vom Bundesausschuß beschlossenen Grundsätzen zu verfahren sei, und mit ihm über die Aufhebung des entgegenstehenden Berliner Beschlusses zu verhandeln.

Weiterhin wurde die Einführung einer Betriebsräte-Zeitung, zunächst monatlich, beschlossen. Dieselbe soll von den Gewerkschaften für ihre Betriebsräte bis zum Jahreschlusse 1920 auf Verbandskosten bezogen werden. Vor Jahresablauf ist zu prüfen, ob die Einführung des Abonnementes möglich ist. Die Herausgabe wurde dem Bundesvorstand übertragen.

Auf Antrag des Verbandes der Bäcker und Konditoren verhandelte der Bundesausschuß über die Anerkennung einer gelben Bäckerorganisation als Tarifkontrahent seitens des Reichsarbeitsministeriums. Der Bundesausschuß präziserte seine Meinung in der Erklärung, daß die Anerkennung einer gelben Organisation als Tarifkontrahent nicht zulässig sei und daß auch das Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden die Anerkennung gelber Organisationen ausschließe. Wenn das Reichsarbeitsministerium seinen Standpunkt in dieser Frage aufrechterhalte, so sei eine ernste Störung des Verhältnisses zwischen ihm und den Gewerkschaften zu befürchten. In diesem Sinne soll mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Ein weiterer Konflikt des Zentralverbandes der Angestellten wandte sich gegen die Anerkennung eines Verbandes leitender Angestellten seitens des Reichsarbeitsministeriums. Auch in diesem Fall soll mit letzterem verhandelt werden.

Die Frage der Technischen Nothilfe war bereits in der dritten Ausschusssitzung im Dezember v. J. beraten worden, aber nicht zur Erledigung gelangt. Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Resolution behandelt die Technische Nothilfe unter dem Gesichtswinkel als Folge mangelnder Disziplin in der

gewerkschaftlichen Streikführung, die sich erübrige, wenn die Gewerkschaften selbst die volle Gewähr für eine geordnete Streikführung unter Berücksichtigung der allgemeinen Lebensinteressen des Volkes übernehmen. Die Resolution verpflichtet die Gewerkschaften, bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben alle Maßnahmen zu treffen, um die Betriebe gegen Zerstörung zu schützen und die allgemeinen Lebensinteressen des Volkes zu wahren. Erst dann, wenn der Einfluß der Gewerkschaften versagt, dürfe die Technische Nothilfe in Anspruch genommen werden. Der Ausschuss in seiner überwiegenden Mehrheit hatte aber starke Bedenken, eine Anerkennung der Technischen Nothilfe auch nur in dieser bedingten Form zuzulassen, da ihr Auftreten in Arbeiterkreisen meist als Streikbruch empfunden werde. Darüber kommen auch die Gewerkschaften nicht hinweg. Eine vom Bundesausschuß eingesetzte Kommission arbeitete die nachstehende Resolution aus, die der Stellungnahme der Mehrheit entspricht. Sie wurde gegen 9 Stimmen angenommen:

»Die Organisation der Technischen Nothilfe bedeutet eine ernste Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf. Wenn sie auch errichtet sein mag in dem Bestreben, lediglich den gemeingefährlichen Auswüchsen wilder Streiks entgegenzutreten, so bildet sie doch nach ihrer Natur und der Art ihrer Organisation eine ständige Bedrohung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks.

Indem der Bundesausschuß die Technische Nothilfe verwirft, erkennt er gleichwohl an, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Die mutwillige Zerstörung von Produktionsmitteln, sei es direkt oder durch Unterlassen resp. Verhindern von Notstandsarbeiten, wird als Kampfmittel von den Gewerkschaften verworfen.

Streiks sowohl wie Aussperrungen in Gewerben von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung enthalten eine Gefahr für das Wirtschaftsleben und das Wohl der Arbeiterklasse oder einzelne Arbeitergruppen. Zur Vermeidung solcher Streiks und Aussperrungen ist es die Pflicht der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten rückhaltlos anzuerkennen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnisse rechtzeitig zu vereinbaren und für sachgemäße Durchführung zu sorgen. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Allgemeininteressen bewußt und halten es für selbstverständlich, daß in solchen Betrieben Arbeits-einstellungen nicht erfolgen, bevor alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind und die zuständigen Gewerkschaftsleitungen ihre Zustimmung zum Streik erteilt haben.

Die Gewerkschaften erklären, daß sie bereit und in der Lage sind, den notwendigen Schutz der Allgemeininteressen gegen verwerfliche Streik-ausschreitungen selber zu übernehmen, gegebenenfalls durch die Aufforderung an die Mitglieder, durch wilde Streikbewegungen erforderlich werdende Nothilfsaktionen auszuführen. Mit dieser Erklärung verbindet der Bundesausschuß den Appell an die deutschen Arbeiter und Angestellten, strengste gewerkschaftliche Disziplin zu üben und den Anforderungen unverantwortlicher und von der Gewerkschaft nicht beauftragter Personen zu wilden Streiks und sinnlosen Zerstörungsaktionen energischen Widerstand zu leisten.

Darauf erstattete der Bundesvorstand Bericht über die Gründung der Deutschen Ökonomie-Gesellschaft m. b. H., die den Zweck hat, die skandinavischen Gewerkschaftskredite für die deutsche Rohstoffversorgung nutzbar zu machen. Die Gesellschaft besteht aus dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien, dem Syndikus des Verbandes sächsischer Textilindustrieller Roitzsch-Chemnitz und dem Bankier O. Aschberg als Vertrauensmann der schwedischen Gewerkschaften. Sie vermittelt zunächst ausländische Textilrohstoffe für die deutsche Textilindustrie im Einvernehmen mit dem Deutschen Textilarbeiterverband. Ihr Geschäftsbetrieb befindet sich in Berlin, Unter den Linden 62a.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Frage, ob die fortdauernden Schwankungen der Lebensunterhaltungskosten die Einführung gleitender Lohnskalen auf Grund statistischer Indexstellungen rechtfertigen. Es haben bezügliche Verhandlungen bereits im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die indes zu keinem Abschluß gelangt sind. In Gewerkschaftskreisen bestehen noch starke Bedenken dagegen, ob befriedigende statistische Unterlagen so schnell zu beschaffen sind. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, für diese Frage eine Studienkommission einzusetzen, die einer späteren Ausschusssitzung Bericht erstatten soll.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.
Bautzen. Die am 20. Februar stattgefundenen Betriebsversammlung der Lithographen und Stein-drucker der Firma Gebr. Weigang nahm das Ergebnis über die Verhandlungen zwischen den im

Arbeiterausschuß sitzenden Kollegenvertretern einerseits und der Firma andererseits wegen Aufzwicken in eine höhere Ortsstufe entzogen und bedauert auf das lebhafteste, daß der Firma, trotz aller Anerkennung der Begründung für die Forderung und trotz außerordentlich flotten Geschäftsganges, auch nicht das geringste Entgegenkommen abzurufen war. In einer zweiten Sitzung beharrte die Firma weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt machte aber den Kollegenvertretern den Vorschlag, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, bis vorläufig zu 25 solcher Überstunden. Die Kollegen wiesen es energisch von sich, bei dieser Unterernährung sich durch Überstunden eine Besserstellung ihrer Lebenslage vorzusehen zu lassen und bedauern, daß ihnen durch den Tarif die Flügel zu energischem Handeln gebunden sind. Die Versammlung ist einstimmig der Annahme, daß die Tarifkommission einschließend Hauptvorstand durch eine Kurzsichtigkeit bei Festsetzung der Lohnhöhe im Oktober Schuld haben an der großen Rückständigkeit unserer gegenwärtigen Löhne. Sie ist sie doch durch diese halbjährige Frist von den ungelerten Arbeitern weit überholt worden.

Ferner herrscht die Ansicht, daß obengenannte Körperschaften durch diesen Abschluß den graphischen Unternehmern enorme Gewinne zugeführt und uns im Gegensatz zu diesen auf der niedrigsten Lohnstufe gehalten haben. Umsomehr erwartet die Bautzener Kollegschaft, daß der Hauptvorstand bei den bevorstehenden Verhandlungen im Tarifamt unverrückbar folgende Forderungen durchdrückt:

Eine 100 prozentige Teuerungszulage für den ganzen Beruf, ab 28. Februar 1920.
Die Teuerungszulage ist jeden Monat aufs neue festzusetzen.

Eine von der Arbeitsgemeinschaft angeregte Kartoffel- und Brotzulage, für Ledige fünf Mark, für Verheiratete zehn Mark zu fordern, welche jedoch im Unabhängigkeitsverhältnis zur Teuerungszulage steht.

Ferner fordert die Mitgliedschaft Bautzen einen Ortszuschlag von 25 Prozent, da die Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise denen der Großstadt in nichts nachstehen.

Sollten unsere Unternehmer unter dem Vorwande, daß ihre Existenz durch Annahme dieser Forderung gefährdet sei, obige Punkte nicht restlos annehmen, so beantragt die Mitgliedschaft Bautzen, daß der Hauptvorstand im § 5, Absatz 5 und 6 des Tarifvertrages eine Fassung durchsetzt, die den Nachwuchs für das graphische Gewerbe unterbindet, zum mindesten aber die Lehrlingsstaffel bedeutend verschärft.

Ist der Hauptvorstand auch in diesem Punkte nicht in der Lage die Wünsche der Kollegen bei den Verhandlungen durchzusetzen, so wird er beauftragt, die Verhandlungen abzubrechen und die Entscheidung der gesamten deutschen Kollegschaft zu überlassen.

Bremen, Graphisches Kartell. Bericht der ersten Versammlung des Graphischen Kartells am Donnerstag, den 12. Februar 1920. Der Kartellvorsitzende Kollege Fr. Drettmann eröffnet die gut besetzte Versammlung, der von dem Gesangverein »Gutenberg« ein stimmungsvoller Willkommengesang gewidmet wird. Moge dieses der Auftakt zu einer erfolgreichen Betätigung des Kartelles sein. Dem Gesangverein »Gutenberg« auch an dieser Stelle der Dank des Graphischen Kartells. Der Vorsitzende erläutert noch einmal kurz die Entstehung des Kartells und gibt die Namen des Kartellvorstandes bekannt. Diese sind: I. Vorsitzender Fr. Drettmann, II. Vorsitzender Koberg, Schriftführer Hans Pries und Beisitzer Meyer. Danach folgt die Verlesung der Satzungen des Graphischen Bundes und die des örtlichen Kartelles. Für den zweiten Punkt, Betriebsrätegesetz, war der Gewerkschaftssekretär Genosse Emil Sommer gewonnen worden. Ehe der Referent seinen Vortrag beginnt, begrüßt er den Zusammenschluß der Verbände zum Kartell, streift kurz die Bedeutung des Zusammenschlusses des Kartelles und hofft, daß in Kürze unserem Beispiele andere Verbände folgen werden. Dann leitet der Vortragende zum Rätegedanken über, der an sich nichts Neues darstellt. Den Rätegedanken oder die Räteidee finden wir schon in der französischen Revolution, dort Wirtschaftsrat genannt. Dann schließt die Räteidee jedoch wieder ein, um erst in der russischen Revolution 1905 wieder aufzuwachen. Doch auch hier wird sie bald vom alten Zarismus wieder niedergehalten und bekommt neue Gestalt nach dem Zusammenbrüche der Kerenskioffensive 1917, wo sich die Räteidee nun zum Regierungsinstrument aufschwung. Zum eigentlichen Thema übergehend, schildert Redner die Entstehung des Gesetzes. Auf dem Boden der Verordnung vom 22. Dezember 1918 gewachsen, ist dieses Gesetz ein Kompromiß. Ein Kompromiß, das nichts ist, und nichts sein kann, und tatsächlich für die Angehörigen des graphischen Gewerbes in Wirklichkeit auch nicht viel mehr wie ein Nichts ist. Doch ist zu erhoffen, daß aus diesem Gesetz das eigentliche Betriebsrätegesetz herauswachsen wird. Daher ist es unbedingt Pflicht eines jeden, sich eingehend mit dem Studium des Gesetzes zu beschäftigen, um restlos das wenig Gute heraus zu schöpfen. Die Paragraphen 1, 7, 17, 35, 66, 67, 72 erfahren eine Beleuchtung. Redner empfiehlt noch, wo irgend mög-

lich, gemeinsame Wahlen vorzunehmen, um nicht durch Zersplitterung sich Vorteile zu begeben. Reicher Beifall wird dem Vortragenden für seine zirka einstündigen Ausführungen. Nach kurzer Diskussion, die außer einem unter Beifall gegebenem Protest gegen das Betriebsrätegesetz nichts Neues ergibt, weist Genosse Emil Sommer noch einmal auf die Notwendigkeit des Studiums des Gesetzes hin. Eine politische Unklugheit, wollte man das Gesetz nicht benutzen. Redner sieht in den Gewerkschaften die Träger der Betriebsräte. Punkt IV ergibt eine Aussprache über die durchgehende Arbeitszeit im graphischen Gewerbe. Der Vorsitzende, Kollege Drettmann, empfiehlt Urabstimmung. Die Bedeutung und Wichtigkeit der durchgehenden Arbeitszeit ist leider noch nicht genügend erkannt, und wird den einzelnen Verbänden anheim gegeben, in den nächsten Versammlungen sich mit diesem Thema ausführlich zu beschäftigen, da die Buchdrucker, welche für sich die Abstimmung schon vorgenommen, auf das Resultat warteten. Unter Verschiedenes gibt es dann noch kleine Anfragen betreffs der Brot- und Kartoffelzulagen. Um 10 1/2 Uhr schließt Kollege Drettmann die gut verlaufene Versammlung mit dem Appell, auch in den kommenden Kartellversammlungen so zahlreich zu erscheinen.

Möge jedem einzelnen Kollegen die Bedeutung des Zusammenschlusses zum Graphischen Kartell bewußt werden. Es gilt, restlos alle zu Organisierende zu erfassen. Viel Arbeit wird das Graphische Kartell haben, möge es die Hoffnungen, die sich an den Zusammenschluß knüpfen, restlos erfüllen. In diesem Sinne dem Graphischen Kartell Bremen ein herzliches »Glück zu!«

Hans Pries.

Crimmitschau. Die am 21. Februar 1920 gut besetzte Mitgliederversammlung befaßte sich mit unserer jetzigen Entlohnung und nahm nach reiflicher Aussprache einstimmig folgende Entschliebung an: »Die fortwährende Steigerung aller lebensnotwendigen Bedarfsartikel veranlaßt uns von neuem unsere Notlage zu beleuchten. Nachdem wir jahrelang mit an der Spitze der bestbezahlten Arbeiter standen, stehen wir heute mit auf letzter Stufe organisierter Berufsgruppen. Wir erheben energischen Protest, daß unsere Erzeugnisse als Luxus betrachtet werden, denn heute sind unsere Artikel der Lebens- und Genußmittelbranche ebenso unentbehrlich, als diese uns selbst. Wir stellen keine übertriebenen Forderungen, wir verlangen nur Gleichberechtigung mit anderen gelernten Berufsarbeitern, dadurch werden wir unseren Beruf leistungsfähig erhalten und vor Degeneration bewahren. Wir fordern den Vorstand ab, sofort, zumindest aller 4 Wochen in Verhandlung zu treten, um eine angemessene Lohnerhöhung zu erringen. Zugleich müssen wir protestieren, daß der tarifliche Mindestlohn von den Unternehmern als Höchstlohn betrachtet wird. Ebenso fordern wir alle Zahlstellen auf, sich unserer Kundgebung anzuschließen.«

Düren-Rhd. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche sich mit dem Urteilspruch des Schlichtungsausschusses vom 19. Februar in Sachen der Firma Carl Schleicher & Schüll, Düren beschäftigte, fanden es die Kollegen bedauerlich, daß der Schlichtungsausschuß Düren ein Urteil gefällt hat, das die Forderungen der Lithographen und Steindruckers der Firma Carl Schleicher & Schüll, Düren auf Gewährung eines Wochenlohnes von 200 Mk. abgelehnt, weil Herr Cäsar Schüll, laut tariflichen Vereinbarungen vom 26. Januar d. J. in Rheydt, nicht mehr wie 130 Mk. wöchentlich zu zahlen braude. In der Verhandlung wurde von unseren Arbeitnehmervertretern darauf hingewiesen, daß diese Löhne nur Mindestlöhne seien, und hier am Orte von einigen Unternehmern bereits 170—180 Mark wöchentlich gezahlt werden und betonten nachdrücklich die Not der Arbeiterschaft. Doch alles umsonst! Trotz alledem der Urteilspruch, die tariflichen Abmachungen waren maßgebend, ein Ausgleich wurde nicht gefunden.

Eine gewaltige Empörung ging durch die Reihen der Versammelten, denn letzten Endes sind an solchen Urteilen doch nur die Abmachungen vom 26. Januar 1920 in Rheydt schuld. Die Kollegschaft versteht überhaupt nicht, daß der Gau Köln Vereinbarungen mit den Unternehmern trifft, wie sie in Rheydt abgeschlossen wurden. Ein Lohn auf unsere Arbeiterbewegung, einfach über die Köpfe besser bezahlter Kollegen hinweg, 1/4 Aufschlag auf die Löhne des Tarifes vom 6. September 1919 zum Abschluß zu bringen. Zu solchen Veranstaltungen gebrauchen wir keine Gehilfenvertreter, keinen Tarif, wir waren hier in Düren auf dem Wege besseres heraus zu holen, sind aber jetzt an Händen und Füßen gebunden. Jeder Verhandlungsweg mit den Unternehmern ist gesperrt, denn Herr Cäsar Schüll besitzt großen Einfluß bei seinen Kollegen in Düren, wie im ganzen linksrheinischen Gebiet, und dieses spürt bereits jetzt schon die Ortsverwaltung. Aber unsere organisierte Kollegschaft in Düren hat ihre Waffen scharf, zieht aus allen Maßnahmen der Prinzipale ihre Konsequenzen unter der Devise: »Für wenig Geld wenig Arbeit.«

Urteile, wie die des Dürener »Schlichtungs-Ausschusses«, bleiben aber nicht unbekannt, auch sie werden in den übrigen linksrheinischen Druckorten von den Unternehmern freudig begrüßt und gerne als rechtsverbindlich hingestellt. Darum Kollegen, eure Interessen stehen mit auf dem Spiele, daher die Forderung aller Lithographen, Steindrucker usw.:

Fort mit diesem Sondertarif! So schnell wie möglich! Wir sind Deutsche und verlangen den Reichsttarif, und keine Sonderbündel! Ferner muß die rheinische Kollegschaft verlangen, daß die Abmachungen vom 26. Januar 1920 revidiert werden und Verbesserungen bringen, welche uns in die Lage versetzen, für unsere Familie und uns ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Unsere Dürener Kollegschaft, welche zu 100 Prozent organisiert ist, legt Wert darauf, daß hier nicht eher eine Stellung besetzt wird, bis wir Löhne errungen haben, wie sie in Köln bestehen. An dem Wiederaufbau unseres Gewerbes will auch Düren mitwirken, wenn uns die Kraft zum Arbeiten durch bessere Entlohnung gesichert ist.

Noch zu beleuchten wäre der Zustand, daß die hiesige Ortsverwaltung einigen Herren Unternehmern ein Dorn im Auge ist, denn recht viele können sich noch immer nicht daran gewöhnen, daß auch die Arbeiterschaft ein wichtiges Wort mitzureden, sich gestattet, denn wir waren immer die Ausbeuteten, sind aber solcher Zustände satt, besonders in der Weltfirma Carl Schleicher & Schüll, Düren. Hier werden, wie überall bekannt, erstklassige Arbeiten geliefert, doch der Lohn unserer Kollegen steht anderen Firmen gegenüber 30—40 Mark pro Woche zu niedrig. Dafür befreit sich aber Herr Cäsar Schüll umso mehr, den Verbandsfunktionären mit Kraftausdrücken wie Hetzer, der Kerl mit dem Spitzbart, wildfremdes Individuum und wohlgenährte! Arbeitersekretäre zu belegen. Letzteres würde der Fall sein, wenn uns die Millionen zur Verfügung ständen wie Herrn Cäsar Schüll aus Düren.



Der Steindrucker.

Tapissiererie.

1914. Eine Zeit, in der es sich in der Tapissiererie ganz angenehm leben ließ. Wir hatten trotzdem erkannt, daß die Organisationslosigkeit in unseren Reihen nur das Unternehmertum stärkte, und begannen in unermüddlicher Arbeit, Firma für Firma zu organisieren. Schon nach wenigen Monaten wurde unsere damals junge Organisation von einem heftigen Schlage getroffen. Der ausbrechende Weltkrieg zwang alles in seinen Bann und wie so vieles in diesem elendesten aller Kriege vernichtet wurde, mußte auch unsere so jung aufgebaute Organisation in Trümmer gehen. Nur wenige Kollegen hatten dem Verbands der Lithographen und Steindrucker über den Krieg die Treue bewahrt.

Während des Krieges hatten die in der Tapissiererie beschäftigten Kollegen ein nicht beneidenswertes Los zu ertragen. Während dieselben vor Ausbruch des Krieges in punkto Lohn mit an führender Stelle in der Arbeiterschaft gestanden hatten, sanken sie jetzt, nur auf das wohlwollende Entgegenkommen der Unternehmer angewiesen, immer mehr in die Kategorie minderbezahlter Arbeiter zurück.

Mit Ausbruch der Revolution kehrten die Dienstpflichtigen der in der Tapissiererie beschäftigten Kollegen in die Heimat zurück und noch heute höre ich die Klagen einzelner Heimgekehrter, wie es nur möglich wäre, mit Löhnen von 40—60 Mk. wöchentlich auskommen zu müssen.

Die Revolution und mit ihr der neue Zustrom der aus dem Felde Heimgekehrten ließ auch in der Tapissiererie einen für die Kollegschaft günstigen Luftzug entstehen. Was 1914 galt, galt nun erst recht.

Unter ständiger Hilfsbereitschaft und freudiger Mitwirkung des Verbandes; und nicht zu vergessen des Textilarbeiterverbandes für die weiblichen Kolleginnen, wurde unsere Sektion aufs neue begründet und schon in kürzester Frist konnten wir zu Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband kommen, deren Erfolg es war, daß wir einen Tarifvertrag mit allgemeiner Lohnerhöhung für die Dauer eines Vierteljahres abschließen konnten. Es liegt nicht in meiner Absicht, hier die einzelnen Erfolge der abgeschlossenen Tarife aufzuzählen, da dieselben ja allen Kollegen bekannt sind. Das eine möchte ich aber doch an dieser Stelle feststellen, daß die Löhne der Kollegschaft durch die abgeschlossenen drei Tarife und zuletzt durch die erst vor einigen Tagen stattgefundenen Verhandlung über Zahlung einer Teuerungszulage im Durchschnitt auf das Dreifache gestiegen sind und sich nun den Löhnen anderer verwandter Berufe nahezu anpassen.

Der am 1. November 1919 abgeschlossene Tarifvertrag ist am 1. März 1920 gekündigt worden und läuft am 31. März 1920 ab. Innerhalb kurzer Zeit werden wir vor neuen Verhandlungen mit den Unternehmern stehen; um die Entlohnung der Kollegschaft in nächster Zeit zu kämpfen haben. Ein Tarifvertrag ist und bleibt ein Kompromiß, ist das Ergebnis gegenseitiger Zugeständnisse, das allerdings — und das ist wichtig hervorzuheben zu werden — beeinflusst wird durch die starke Geschlossenheit der Arbeitnehmer. Und da denke ich gerade an die Zeichnerkollegen, die noch abseits von uns stehen, die noch immer den Glauben haben, in dem Bunde technisch-industrieller Beamten die geeignetste Interessenvertretung zu haben. Ein einziger Rückblick müßte diesen Zeichnerkollegen völlig die Augen öffnen, denn bis dato konnten sie sich noch keine Zulage erringen, sondern waren zufrieden des Genusses,

der von uns erkämpften Tarifverbesserungen teilhaftig werden zu können. Hier muß der Hebel angesetzt werden! Kollegen, sagt diesen Zeichnerkollegen, daß sie zu uns, nur zu uns gehören, und durch ihr Verharren auf dem alten Standpunkt nur sich und die gesamte Kollegenschaft schädigen. Sagt ihnen, daß eine im Sommer vorigen Jahres stattgefundene Versammlung aller Zeichner, Pausen und Drucker einmütig als ihre einzigste und wahre Interessenvertretung den Verband der Lithographen und Steindruckler erklärt hat. In wenigen Wochen gilt es neuen Kampf, schließt die Reihen, ehe es zu spät ist. Es gilt, die letzte Hürde zu nehmen, um der Gefahr, eine minderbemittelte Arbeiterschaft zu bleiben, dauernd zu entrienen. C. L.

Die photomech. Fächer.

Das neue System!

In aller kürzester Zeit wird unser Chemigraphiegewerbe vom Unternehmertum mit einem neuen System beglückt werden. Dieses Glück den Kollegen nicht zu überwältigend und überraschend erscheinen zu lassen, ist Aufgabe dieser Zeilen.

Dieses System ist entstanden im Kopfe eines Unternehmers, der schon seit 7 1/2 Jahren sich mit dem Gedanken trägt, in unserem Gewerbe die Akkordarbeit einzuführen. Während nun vor dem Kriege das Bestreben sämtlicher Gewerkschaften war, den Akkord zu beseitigen, glaubt dieser Herr gerade jetzt den Zeitpunkt für gegeben zu halten, seine so lange gehüteten und gehegten Pläne zu verwirklichen.

Unser Quadratzentimeter soll die Norm sein, auf dem sich das Ganze aufbaut. Wir wissen, was für diesen Quadratzentimeter der Prinzipal bekommt, ganz gleich, ob dasselbe bei Farb-, Auto- oder Strichätzungen in Frage kommt. Damit auf Grund dieser Akkordarbeit nicht nur von Gehilfen darauf gesehen wird, eine möglichst große Anzahl von Quadratzentimetern wöchentlich zu erreichen und dadurch die Qualität selbsterständlich in Mitleidenschaft gezogen wird, schlägt dieser Unternehmer vor, eine Kommission zu ernennen, die je zur Hälfte von Gehilfen und Prinzipalen gestellt wird, darauf admet und in fraglichen Fällen entscheidet, inwieweit auf Kosten der Qualität die Quantität bevorzugt wurde. Z. B. bei einer Farberie größeren Formats mit viel Baumschlag ist dem betreffenden Atzer, um auf eine hohe Quadratmeterzahl zu kommen, die Behandlung und Durcharbeitung dieses Baumschlages, infolge Zurückzährens, wenig glückt. Die fertige Aetzung findet keinen Anklang, wird vom Besteller verworfen, kurz, es macht sich eine bedeutende Korrektur nachträglich notwendig, so hätte dann nach Auffassung dieses Prinzipals diese Kommission dahin zu entscheiden, daß die Zeit für diese Korrektur dem betreffenden Atzer von seinem Akkordsatz abgezogen würde, oder er für den nächsten Akkordsatz soviel weniger bekommt, als diese Korrektur an Zeit beansprucht hat. Es ist diesem Prinzipal vor allem darum zu tun, sein Renommee in bezug auf Qualitätsarbeiten zu wahren, und

trotzdem seinen Betrieb durch Akkordarbeit rentabel zu gestalten. Diese Feststellungskommission würde auch bei der Arbeitsverteilung zu Rate gezogen, um zu vermeiden, daß einige bevorzugte Kollegen nur große und flächige Formate arbeiten, während der größere Teil vielleicht in der Lage wäre, sich mit kleinen und detaillierten Arbeiten herumzuquälen. Verlangt wird natürlich ein reibungsloses Arbeiten dieser Kommission, denn sonst würde der Herr Unternehmer ja bald den Spaß daran verlieren.

Dies in großen Zügen das wesentlichste, das in diesem Sinne einer Kommission in der betreffenden Firma offenbart wurde. Die Kommission war von den Kollegen gewählt worden, um die gleichmäßige Verteilung der farnosen 18prozentigen Teuerungszulage vom vorigen November durchzusetzen. Doch eine Einigung kam nicht zustande; das äußerste, was dieser Herr Unternehmer glaubte zugestehen zu können, war nach fast 4 1/2 stündiger Verhandlung das, daß er erklärt, bereit zu sein, 15 Prozent dieser Teuerungszulage gleichmäßig zu verteilen, 3 Prozent aber für die tüchtigsten unter seinen Arbeitern als möglichst hohe Prämie für ihre Leistungen gewähren zu können um damit den Kollegen zu sagen: »seht, liebe Leute, wenn ihr auch so arbeitet wie diese Leute, dann könnt ihr auch mal auf diese Prämie Anspruch erheben!«

Was überhaupt dieser Kommission von diesem Prinzipalsgepredigt wurde!

Sämtliche Rücksichtnahme auf schwächere Kollegen, alle Gefühlsduselei, Idealismus usw. doch einfach von uns zu werfen und nur dem reinsten Egoismus zu fröhnen. Vor allem sei die Produktionshebung für die Herren Unternehmer nötig! Durch den Anreiz des Akkordsystems sei natürlich auch die Verdienstmöglichkeit des einzelnen Kollegen gebessert. Denn der Prinzipal glaubte schon damals nicht, daß die Gehilfen den Mut aufbringen könnten zu einer neuen Teuerungszulage. Na, den Mut haben wir aufgebracht und werden ihn weiter aufbringen, wenn es der Zeitpunkt zuläßt eine neue Zulage herauszuholen!

Durch dies neue System glaubt dieser Herr, anstelle von 15 Atzern mit 7 auszukommen. Und die anderen 8? die vermehren das Heer der Arbeitslosen oder sie gehen in tarifuntreue Firmen und arbeiten für einen Pappentitel!

Für die Lehrlinge würde ein im Akkord arbeitender Kollege natürlich sehr wenig, oder überhaupt keine Zeit zur Verfügung haben. Die Lehrlinge müßten, da sie doch das Glück des Systems nicht genießen könnten, außerhalb der Firma durch Arbeitsschulen oder evtl. für eigens dazu angestellte Kräfte unterrichtet werden. Vielleicht würden dies dann die jetzigen Herrn Abteilungsleiter übernehmen, sofern sie die nötige Sparsamkeit besitzen; denn Abteilungsleiter sind dann überflüssig. Die Antreiber besorgt das Akkordsystem selbst und durch die Verteilungskommission sind auch in Streifjahren die Herren kaltgestellt. Entweder mit arbeiten, wenn sie es noch können, oder die Lehrlinge unterrichten und zu tüchtigen Konkurrenzakkordnern zu drillen.

Kollegen, gefällt euch diese Zukunftsmusik, welche euch die Unternehmer in allernächster Zeit

veranstalten wollen? Man kann der Meinung sein, ohne als weitblickend zu gelten, daß schon bei diesem Anfang der Zukunftsmusik, und nur der Anfang sollte dies sein, jedem Kollegen fast Hören und Sehen vergeht. Wie muß uns Armen erst während des vollen Konzerts zu mute sein. Der Rest jedenfalls Heulen und Zähneklappern!

Kollegen, seit auf eurer Hut! Es ist ein Zeichen der Zeit, wenn von Unternehmenseite ein solch ungeheuerliches Machwerk versucht wird den Kollegen schmackhaft zu machen. Das Elend der Lohnarbeit mit dem Elend der Akkordarbeit zu vertauschen, heißt dann doch, den Teufel mit Belzebub vertreiben wollen. Da von Unternehmenseite schon eine Auflage Broschüren, welche dieses Akkordsystem behandelt, an alle Prinzipale Deutschlands versandt ist, und auch in Berlin eine Sitzung unserer Funktionäre aus dieses Systems stattfinden wird, glaube ich es für meine Pflicht zu halten, die Kollegen im Reiche durch vorstehendes zu unterrichten, damit sie von den zu erwartenden Dingen nicht gleich zu Boden geschlagen werden. Augen auf! Damit nicht etwa durch Annahme dieses Systems uns ein Schaden zugefügt werde, der nie, aber auch nie wieder gut zu machen ist. E. B.

Photogr. Mitarbeiter.

Ortsberichte.

Berlin, Photographen. Der Obmann des Gehilfenausschusses eröffnet die Versammlung 1/8 Uhr, gab die Tagesordnung bekannt und bedauert, daß der Innungsvorstand der Einladung der Gehilfen nicht gefolgt sei. Zum Punkt I der Tagesordnung wurde dem Kollegen Sadina das Wort erteilt. In einem längeren Referat legte derselbe die Verhältnisse der Gehilfenschaft gegenüber den Prinzipalen in leicht verständlicher Weise dar. In einer geradezu andächtigen Weise lautete die Kollegenschaft seinen Worten. Die darauf folgende Aussprache war sehr eingehend und eine reichliche zu nennen. In der Diskussion wurden Klagen laut, daß in vielen Geschäften die Teuerungszulagen noch nicht gezahlt worden wären, daß die Prinzipale sich nicht an die Demobilisationsverordnung hielten, auswärtige Kollegen immer noch beschäftigen und immer wieder einstellen. Ebenso wurde Klage geführt, daß in einzelnen Geschäften noch Wochenlöhne von 60-70 Mk. an verheiratete Gehilfen gezahlt werden. Die Gehilfen würden dadurch gezwungen, auf irgend eine Art Geld zu verdienen. es dürfen sich die Prinzipale nicht wundern, wenn die Gehilfen in ihrer Not sogar unehrlich würden. Aus der Versammlung heraus wurde gefordert, daß der Verband mit Artikeln in aufklärender Form sich an die Öffentlichkeit wenden soll, (dem auch wenn sich die Verhältnisse nicht ändern sollten, stattgegeben wird.) Die Versammlung beschloß, eine weitere Teuerungszulage von 50 Mk. wöchentlich zu fordern. Mit der Aufforderung an die Kollegenschaft, sich zusammen zu schließen, denn nur dadurch sind wir in der Lage, unsere Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, wurde die Versammlung geschlossen.

I. Farbätzer!

Wir suchen einen hervorragend tüchtigen Farbätzer als erste Kraft. Stellung angenehm und dauernd. Wegen Wohnungsknappheit können zur Zeit nur ledige Kräfte berücksichtigt werden. Ausführliches Angebot, Zeugnisabschriften, Muster, Eintrittstermin u. Ansprache erbeten

Zerreiss & Co.,
Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

Gesucht!

Tüchtiger Kupferdrucker
für einfarbigen Druck zu möglichst baldigem Antritt. Angebote erbeten an Fr. Hanfstaengl, Techn. Abtlg., München, Widenmayerstr. 18.

Ätzer
jüngerer für Autotypie und Strich, der auch Metallreusche mit erledigen und anätzen muß, kann sofort eintreten. Es wird nur ein sehr fleißiger, gut ausgebildeter Gehilfe, der sein Fach völlig beherrscht, gewünscht. Angebote mit Lohnforderungen erbeten

Dr. von Löbbecke & Co.,
Erfurt.

Druckwalzenflanschen
ab Lager und kurzfristig liefert zu äußersten Preisen
Max Kupko, Maschinenschlosserei, Eilenburg.

ZINKDRUCKPLATTEN
in Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 112209.

Umdrucker
der im Fertigmachen tüchtig und erfahren ist, sowie einen tüchtigen

Abzugmacher
suchen

Kunstdruck- u. Verlagsanstalt
Wezel & Naumann A.-G., Zeitz.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volkstürforge
Oewerkschaft. - Genossenschaftliche Verleherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5

überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ Druckpaste speziell für schlecht zu verdrückende Farben und Papiere.

„Enol“ Drucktinktur - sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goliad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckerseien.

Fast neue Linier-, Wellen- und Reliefmaschine
zu verkaufen.
WALDEMAR ESCHER,
Unterwibach - Bad Blankenburg
Thüringer Wald.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatteausbildung.
Auskünfte durch die **Barmen**
Kunstgewerbeschule

Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos
bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt.
Eine Probe überzeugt!

Inserate
sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller-Schkeuditz bei Leipzig, Augustastrasse 8, zu senden.

J. H. Wolff, G. m. b. H.,
Detmold.
Fachkundige Vertreter überall gesucht!